

Leserbrief zum Artikel der SZ „Fusion der Prüfümter ist endgültig geplatzt“ vom 8.6.2005

Egoismus zum Schaden der Bürger

Die geplatze Fusion der Rechnungsprüfungsämter von Coswig und Radebeul ist eine verpasste Konsolidierungschance, zulasten der Bürger. Warum? Die Zusammenlegung der beiden Ämter sollte ein weiterer Schritt einer verstärkten arbeitsteiligen Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen von Radebeul und Coswig werden. Hierzu eignen sich meines Erachtens grundsätzlich solche Bereiche mit Routinearbeiten der Verwaltung ohne direkten Bürgerkontakt. Neudeutsch sagt man "back-office-Geschäft" dazu. Der Wettbewerb zwingt Privatunternehmen ganz selbstverständlich zu solcher betriebswirtschaftlicher Optimierung. Einigen Kommunalpolitikern unserer Städte sind solche Gedanken offenbar fremd. Liegt dies daran, dass diese Damen und Herren im Gegensatz zur Privatwirtschaft die Folgen ihres Tuns nicht am eigenen Geldbeutel spüren?

Deshalb an dieser Stelle einige klarstellende Sätze über die Folgen solchen unverantwortlichen Handelns: Radebeul und Coswig hängen wie alle ostdeutschen Kommunen finanziell in hohem Maße von Staatszuschüssen ab. Noch immer sind die Schlüsselzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs Haupteinnahmequellen des städtischen Haushaltes, obwohl Radebeul im Landesvergleich recht gut dasteht. Bis 2020 wird sich das Volumen des Landeshaushalts um über 20 % reduzieren, ganz gleich wer in Dresden oder Berlin regiert. Grund ist folgender: Der Solidarpakt zum Aufbau Ost läuft Ende 2019 aus, mit jedem Einwohner weniger verliert Sachsen jedes Jahr zusätzlich 2.350 Euro aus dem Länderfinanzausgleich und bis 2020 soll die Einwohnerzahl um nochmals 600.000 auf rund 3,7 Millionen sinken. Auch die EU wird ihre Fördertöpfe für Sachsen mittelfristig deutlich verkleinern. Als zwangsläufige Folge gehen auch die städtischen Gesamteinnahmen zurück. Neue Schulden kommen als Ersatzeinnahmen angesichts des bestehenden Schuldenberges auch nicht in Betracht. Es bleibt also nichts anderes übrig, als mit weniger Geld auskommen. Darauf gilt es sich frühzeitig einzustellen.

Wenn nun die Egoisten einiger Kommunalpolitiker dazu führen, dass Konsolidierungspotentiale durch verstärkte Zusammenarbeit der Verwaltungen nicht realisiert werden, dann heißt dies nichts anderes, dass dann an anderer Stelle um so stärker gekürzt werden muss? Dann werden Schulen und Straßen eben später oder gar nicht saniert, weniger Bäume gepflanzt, kulturelle oder soziale Angebote eingeschränkt. Kurzum, es gibt viele Möglichkeiten, wo man streichen kann, die aber dem Bürger wirklich wehtun. Wie wäre es zum Beispiel mit Ausleihgebühren für unsere Stadtbibliothek? PDS und andere werden solche Szenarien sicher weit von sich weisen, und doch sind diese die zwangsläufige Folge von unterlassenen Konsolidierungsmaßnahmen.

Eine solche Verweigerungspolitik ist rückwärtsgewandt und bürgerfeindlich. Unser Ziel muss vielmehr sein, auch bei zurückgehenden Einnahmen die notwendigen Investitionen vor allem in Schulen, Kindertagesstätten und in das Hauptstraßennetz umzusetzen und dennoch ein breites kulturelles und soziales Angebot aufrecht zu erhalten. Dieses anspruchsvolle Ziel setzt nun mal eine schlanke Verwaltung voraus, die sich ständig optimiert. Es ist deshalb nicht zuviel verlangt, wenn zwei benachbarten Städte bei Routinearbeiten arbeitsteilig vorgehen und durch die kostengünstigere Erledigung tatsächliche Bürgerangebote wie z. B. die kostenlose Buchausleihe erhalten bleiben. Die Fusionsbekämpfer haben uns wirklich einen Bärendienst erwiesen!

Werner Glowka, Stadtrat
Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion